

land mussten schon einige Energieversorger unter den dt. Schutzschirm gehen und einige andere gingen bereits pleite.

Wie funktioniert die Strombörse nun wirklich?

Die langfristigen Geschäfte mit Strom werden entweder „OTC“ (over-the-counter/außerbörslich) oder auf organisierten Terminmärkten wie an der Leipziger EEX (European Energy Exchange) getätigt. Hier werden sogenannte Strom-Futures, verbindliche Terminkontrakte, zur Preisabsicherung für Lieferzeitpunkte zwischen einer Woche und sechs Jahren gehandelt. Am Spotmarkt werden Strommengen für die Belieferung am Folgetag gehandelt.

Wenn nun, so wie in den vergangenen Monaten an einzelnen Tagen, die ohnehin schon hoch volatilen Gas- und Strompreise geradezu in den Himmel

schießen, dann wird es finanziell herausfordernd. Wenn sich nun Käufer und Verkäufer auf einen Liefertermin, eine Liefermenge von Strom und einen Preis einigen, bedeutet das, beide haben Garantien abzugeben. Der Käufer zahlt den vereinbarten Preis zur Sicherstellung in ein Depot ein. Jetzt steigt aber der Verkaufspreis. Das heißt, der Verkäufer hat die Preissteigerung als Sicherstellung, falls er zum vereinbarten Zeitpunkt nicht liefern kann, ebenfalls in ein Depot einzuzahlen. Bei weiter steigenden Preisen hat er nachzuzahlen und bei fallenden Preisen bekommt er die Differenz wieder zurück. Das passiert ständig. Allerdings, seit dem Einmarsch Russlands in die Ukraine in einem noch nie dagewesenen Ausmaß. Das überfordert nicht nur die Konsument*innen, sondern mittlerweile auch die Energieunternehmen. Daher sind sofort entsprechende Markteingriffe notwendig.



Foto: © European Union, 2021

Ursula von der Leyen
Präsidentin der Europäischen Kommission

Die wichtigsten energiepolitischen Erkenntnisse Rede zur Lage der Union

Von der Leyens Rede beinhaltet einige positive Maßnahmen. Sie kündigt an, dass die EU-Kommission endlich in den Markt eingreifen will, wenn auch nur temporär. So sollen Mineralölkonzerne und Energieunternehmen einen „Soliditätsbeitrag“ in Form einer Übergewinnsteuer abliefern und Obergrenzen für Einnahmen von Unternehmen, die Strom zu niedrigen Kosten produzieren, eingeführt werden. Der kolportierte Steuersatz von 33 % ist allerdings zu gering, außerdem ist nicht die gesamte Wertschöpfungskette des fossilen Sektors umfasst. Hier gilt es, noch nachzubessern. Auch die Deckelung des Preises für Strom auf 180 Euro pro MWh für erneuerbare Energien, Nuklearenergie und Braunkohle ist viel zu hoch angesetzt. Erfreulich ist, dass die Präsidentin für Regeln für Sicherheiten und eine Begrenzung der Preisvolatilität innerhalb eines Tages sorgen wird, um damit die Liquiditätsprobleme von Energieunternehmen zu beheben. Ein Preisdeckel für russisches Gas soll von den Energieminister*innen diskutiert werden und steht weiterhin auf der Tagesordnung. Eine wichtige Kernforderung der Gewerkschaften bleibt allerdings weiterhin aufrecht: Die Entkopplung des Strompreises vom Gaspreis muss als krisenbedingte Sofortmaßnahme rasch folgen. Gleichzeitig muss das Energiemarkt-Design endlich reformiert werden. Damit kann auch die Inflation gedämpft werden. Wie immer offenbaren Krisen die Schwächen unseres Systems, sie zeigen aber auch auf, was konkret zu tun ist. Daher gilt es jetzt, die Sozialpolitik zu stärken, den Energiemarkt neu zu ordnen, die Besteuerung von Unternehmen und die wirtschaftspolitische Steuerung in der EU zu reformieren.



Sabine Vogler
Amnesty-Netzwerk
Arbeit, Wirtschaft und
soziale Rechte



Kolumbien:

Umweltaktivist*innen in Gefahr

Mitglieder der Umweltorganisation FE-DEPESAN in der zentralkolumbianischen Region Magdalena Medio sind in Lebensgefahr. FEDEPESAN setzt sich für den Schutz der Menschenrechte sowie der Wasserreserven und des Ökosystems in der Region ein; sie prangerte öffentlich die Verschmutzung des San-Silvestre-Sumpfbereichs an.

Immer wieder erhalten Vereinsmitglieder, insbesondere führende Mitglieder, Morddrohungen und werden Opfer von bewaffneten Übergriffen. Der letzte ereignete sich im Juli 2022, als Schüsse auf die FEDEPESAN-Vorsitzende Yuli Velásquez abgefeuert wurden. Sie konnte Schutz suchen, aber ihr Bodyguard wurde angeschossen und musste im Krankenhaus behandelt werden.

Amnesty International fordert angemessenen Schutz für Yuli Velásquez und weitere FEDEPESAN-Mitglieder. Eine Aktion dazu finden Sie unter gewerkschafterInnen.amnesty.at. Ihr Brief kann Hilfe bewirken: In Reaktion auf frühere, von Amnesty International lancierte Appellaktionen reagierten die Behörden und verfügten erste Schutzmaßnahmen. Diese müssen aber angesichts der gestiegenen Gefährdungslage neu geprüft und angepasst werden.

